

prospects for economic recovery were grim: a weak growth rate, high indebtedness, very little Foreign Direct Investment, the remaining of capital abroad. Even more troubling, there have been no and there are no signs for any substantial *reforms*. The most important reasons are to be found in the widespread absence of the rule of law and an effective judicial system as well as the deadlock in parliament, where nationalist ideas have gained prominence and a return to the corporatist Asian model is aspired. Adding to the prevailing uncertainty is the current decentralization drive in which a lack of supervision and monitoring has caused an abundance of economy-hampering regulations.

Rounding up the conference, Prof. Jürgen Rüländ, University of Freiburg, invited on a fast-pace tour on Indonesia's foreign policy. The main thesis was to expect inconsistent see-saw policies, the argument being backed up theoretically in that young democracies in their search for identity are aspiring for a truly autonomous foreign policy. Often attempting to compensate domestic problems, democratising countries by no means guarantee civil, community-oriented policies. International relations in Southeast Asia are still dominated by the realism-paradigm resulting in a state of paralysis within ASEAN after Indonesia's resigning from its leadership claim. Given the lack of agreement on organisational principles and alternative leadership, ASEAN has failed to manage both the financial and the East Timor crisis. Recent initiatives for new regional fora or the extending of ASEAN becoming ASEAN+3 are signs for the diversion of attention as well as the attempt to regain bargaining power in international fora. With the events of September 11, however, there is a new perspective for collective action, both within ASEAN and for more Indo-US co-operation.

Mirko Herberg/Jürgen Rüländ

Bericht zur siebten Tagung des Münsteraner Asien-Pazifik-Forums (MAPF): "Die Philippinen zwischen Aufbruch und Abstieg"

Münster, 9.-19.11.2001

Mit der Absetzung Josef Estradas und dem Antritt Gloria Macapagal Arroyos als neuer Präsidentin stellt sich auf den Philippinen, denen lange unter den zehn ASEAN-Staaten die besten Zukunftsaussichten prophezeit wurden, nun die Frage "Aufbruch oder Abstieg".

Im Januar 2001 hatte die Bürgerbewegung "People Power II" die Amtsenthebung Estradas bewirkt. Während dies einerseits als Ausdruck einer funktionierenden Demokratie angesehen wurde, wirft dieser eilige Machtwechsel andererseits einige Fragen auf. Vor allem die Geschwindigkeit, mit der in Manila "aufgeräumt" wurde, rückt die Ereignisse in die Nähe eines Putsches. Die von Präsidentin Arroyo angeführte People's Power Coalition hat zwar bei den Wahlen am 14. Mai 2001 einen hauchdünnen Sieg errungen, aber die soziale und politische Polarisierung auf den Philippinen besteht nach wie vor. Eine wirtschaftliche Erholung von der Asienkrise von 1997 ist ebenfalls derzeit nicht in Sicht.

Ziel der siebten MAPF-Tagung unter Leitung von Professorin Dr. Susanne Feske war es daher vor allem, den Fragen auf den Grund zu gehen, wie die Machtübernahme Arroyos im Kontext des Demokratisierungsprozesses zu beurteilen ist und welche Perspektiven einer demokratischen Konsolidierung den Philippinen eingeräumt werden.

Prof. Dr. Jürgen Rüländ (Universität Freiburg) beleuchtete in seinem Anfangsvortrag die aktuelle Diskussion um eine Verfassungsänderung und die Rolle, die dabei das Parlament, der Philippinische Kongress, spielt. Ausgehend von den politikwissenschaftlichen Theorien von Juan Linz und Alfred Stepan zur demokratischen Konsolidierung stellte er zunächst die Vor- und Nachteile präsidentieller, bzw. parlamentarischer Systeme einander gegenüber und zeigte anhand verschiedener Funktionen des Parlaments demokratische Defizite der Philippinen auf. Eine Umwandlung der präsidentiellen Demokratie in eine parlamentarische Regierungsform, wie es Zurzeit auf den Philippinen diskutiert wird, hielt er für nicht notwendig, sondern eher für stabilitätsgefährdend. Vielmehr komme es darauf an, in einzelnen Bereichen dringend notwendige Teilreformen zu beschließen und durchzusetzen, so zum Beispiel im Wahlrecht und –system (Auszählung, Proporz).

Prof. Dr. Mark R. Thompson (Universität Erlangen-Nürnberg) lieferte einen systematischen Bogenschlag von Präsident Marcos, dessen Absetzung und Nachfolge durch Corazon Aquino deutliche Parallelen zu Estrada und Arroyo aufwies, zu den Ereignissen dieses Jahres. Er stellte zur Debatte, ob sich die philippinische Politik im Gleichgewicht befinde oder instabil sei. Zwar würden die demokratischen Spielregeln von allen Akteuren akzeptiert, durch die politische Kultur mit ihrer starken Personalisierung werde aber auch immer das Vertrauen der Bürger in die politische Elite gefährdet, wie auch der Fall Estradas beweise.

Prof. Dr. Paul Kevenhörster (Universität Münster) kam in seinem Vortrag, in dem er die Frage nach einer möglichen "Demokratieförderung von außen" aufwarf, auf die aktuelle Verfassungsdebatte zurück. Zwar befürwortete er eine Umwandlung der philippinischen Verfassung in eine an das englische Westminster-Modell angelehnte parlamentarische Regierungsform, doch er betonte auch die zentrale Bedeutung weiterer Reformen. Insbesondere die Implementierung bereits beschlossener Reformansätze, wie der "local government code" von 1991, und die damit verbundene Dezentralisierung erachtete er als vorrangig.

Howard Loewen (Doktorand, Universität Münster) schließlich befasste sich in seinem Vortrag mit der prekären Frage, ob es sich bei der Amtsenthebung Estradas um einen Putsch oder um eine primär demokratische Entwicklung gehandelt habe. Die Amtsenthebung als Folge von mehreren Skandalen um den ehemaligen Helden der Armen, Estrada, sei zwar auf Druck von Bürgerbewegungen initiiert worden, ihre tatsächliche Durchführung habe aber nur auf Grundlage mehrerer extralegaler Handlungen unter Mithilfe des Militärs stattfinden können. Sein Fazit lautete daher, der Sturz Estradas sei vorrangig als Schwächung demokratischer Institutionen zu sehen, die sich im Prozess der Demokratisierung langsam konsolidiert hätten. Ein zentrales Problem sah er schließlich darin, dass die Glaubwürdigkeit der demokratischen Institutionen so angegriffen sein könnte, dass sich der Sturz Estradas letztlich

gegen Arroyo selbst wenden könnte und die Kluft zwischen politischer Elite und Bevölkerung noch vergrößere.

Dorothy Guerrero (Institute for Popular Democracy, Manila) konnte mit eigenen Erfahrungen als Mitglied der politischen Bürgerrechtsbewegung Einblicke in die Bedeutung der Zivilgesellschaft als Motor des Demokratisierungsprozesses geben. Sie stellte in einem Vergleich zwischen People Power II (und III) und der ersten Bewegung von 1986 gegen den Diktator Marcos dar, dass es bei dem Sturz von Marcos eine Bürgerbewegung gegeben habe, die das politische System der Philippinen zu verändern versuchte. People Power II hingegen bewertete sie als Anti-Korruptions-Kampagne, die an die Ziele von 1986 anknüpfte. Beide Kampagnen sah sie als klaren Sieg der Zivilgesellschaft, bei dem sich ein basisdemokratisches Element als Anzeichen einer funktionierenden Demokratie erwiesen habe.

Abschließend wurde angemerkt, dass die Entwicklung der Zivilgesellschaft zwar einen zentralen Faktor im Demokratisierungsprozess darstelle, dass aber die Nicht-regierungsorganisationen und Oppositionsparteien nicht unbedingt den Willen der großen Gruppe der Armen vertreten. Der Austausch zwischen Gesellschaft und Politik funktioniere daher nicht richtig. Klärungsbedarf zeigte sich bei der Frage, wie sich die Asienkrise auf den Prozess demokratischer Konsolidierung ausgewirkt habe. Erstere wurde als Anregung zu einer weiteren Philippinen-Tagung verstanden.

Katja Freistein

VSJF-Jahrestagung 2001: Medien als Gegenstand und Triebfeder des Wandels

Berlin, 13.-16.12.2001

Vom 13.-16. Dezember 2001 war die Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung (VSJF) mit ihrer Jahrestagung zu Gast im Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin (JDZB). Das Programm war vielfältig gestaltet. Angegliedert an die Jahrestagung waren zwei interdisziplinäre Workshops. Der eine untersuchte aus der Perspektive einer vergleichenden Geschlechterforschung Machtkonzepte und Geschlechterverhältnisse in Japan, China und Korea. Der andere thematisierte aus ordnungs- und organisationstheoretischer Sicht den Einfluss von IT-Technologien auf Strukturen und Prozesse in japanischen Unternehmen. Während der Tagung fanden Sitzungen der sechs Fachgruppen in der Vereinigung statt. Die Haupttagung schließlich bot elf Vorträge und eine Podiumsdiskussion zum Thema "Medien als Gegenstand und Triebfeder des Wandels". Möglich wurde dieses reichhaltige Angebot einerseits durch die umfassende finanzielle, organisatorische und logistische Unterstützung des JDZB, zum anderen durch großzügig und unbürokratisch gewährte Zuwendungen des Fördervereins japanisch-deutscher Kulturbeziehungen e.V. (JADE) und des Unternehmens NTT DoCoMo Europe. Der folgende Beitrag geht nur auf die Haupttagung ein. Ausführlichere Berichte über die gesamte Tagung finden sich auf der Homepage der Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung unter www.vsjf.net.